

## Vortrag an den Ministerrat

### **EU; Tagung des Rates Allgemeine Angelegenheiten am 21. März 2023 in Brüssel**

Am 21. März 2023 fand in Brüssel eine Tagung des Rates Allgemeine Angelegenheiten statt. Auf der Tagesordnung standen die Vorbereitung des Europäischen Rates am 23. März 2023, die Beziehungen zwischen der EU und dem Vereinigten Königreich, das Europäische Semester 2023 sowie der jährliche Rechtsstaatlichkeitsdialog. Unter „Sonstiges“ ging die Slowakei auf die Gefahren von Desinformation auf Online-Plattformen ein.

### **Vorbereitung der Tagung des Europäischen Rates am 23. März 2023**

Es fand ein Austausch auf Basis des Entwurfs der Schlussfolgerungen für den Europäischen Rat statt.

Ich sprach dabei das Thema Migration an und bekräftigte meine Forderung nach schnellen und konkreten Maßnahmen, einem konkreten Zeitplan für deren Umsetzung und einer anschließenden regelmäßigen Evaluierung der Umsetzung. Als zentral hob ich die bei der Sondertagung des Europäischen Rates vom 9. Februar 2023 vereinbarte Bereitstellung substantieller EU-Mittel für den Schutz der EU-Außengrenzen inklusive Infrastruktur zum Grenzschutz, die Beschleunigung der Rückkehrverfahren, eine gegenseitige Anerkennung von Rückkehrentscheidungen, die Zusammenarbeit mit Herkunftsländern sowie Maßnahmen zur Bekämpfung der Sekundärmigration hervor.

Zum Thema Ukraine plädierte ich für fortgesetzte Solidarität und hob die Wichtigkeit der nuklearen Sicherheit hervor. Ich betonte die Notwendigkeit, in Abstimmung mit den ukrainischen Partnern, Deeskalationsschritte zu setzen und eng mit den Nachbarländern zusammenzuarbeiten. Außerdem habe ich über meine Reise mit europäischen Amtskolleginnen in die Republik Moldau am 8. März 2023 im Format „*The next generation is female*“, das ich letztes Jahr initiiert hatte, informiert.

Zum Thema Stärkung der EU-Wettbewerbsfähigkeit, des Binnenmarkts und der Wirtschaft hob ich hervor, dass es eine erfolgreiche Energiewende im Hinblick auf Energiesicherheit und Rohstoffe brauche. Dabei stellte ich klar, dass Nuklearenergie nicht gleich wie erneuerbare Energien behandelt und auch nicht gleichwertig gefördert werden dürfe. Außerdem müsse ein Investitionsklima geschaffen werden, das etwa beschleunigte Genehmigungsverfahren für strategische Investitionsprojekte beinhalte. Zum Binnenmarkt betonte ich vor allem die Wichtigkeit der Stärkung von Lieferketten und der Verfügbarkeit qualifizierter Arbeitskräfte. Grundsätzlich hielt ich aber fest, dass ein Subventionswettbewerb verhindert werden müsse und Österreich die Schaffung neuer schuldenfinanzierter Finanzierungsinstrumente ablehne.

Zum Thema Energie sprach ich die notwendigen Vorbereitungen auf den nächsten Winter an und erinnerte an die österreichische Forderung, dass die Überarbeitung des Strommarktdesigns auch eine Entkoppelung des Strompreises vom Gaspreis beinhalten solle. Abschließend bekräftigte ich, dass sich Österreich klar gegen jegliche Finanzierung von Nuklearenergie ausspricht.

## **Beziehungen EU – Vereinigtes Königreich**

Der schwedische Vorsitz verwies auf die Einigung zwischen der EU und dem Vereinigten Königreich, auf das sogenannte *Windsor Framework*, mit dem eine Lösung für die Anwendung des Protokolls zu Irland und Nordirland gefunden werden konnte. Mit dem Protokoll soll eine harte Grenze zwischen Irland und Nordirland verhindert und gleichzeitig die Integrität des EU-Binnenmarktes gewährleistet werden. Der Vizepräsident der Europäischen Kommission Maroš Šefčovič informierte über den Sachstand und das weitere Vorgehen. Er betonte dabei die Bedeutung des *Windsor Frameworks* für die künftigen Beziehungen zwischen der EU und dem Vereinigten Königreich. Der Rat nahm einstimmig zwei Beschlüsse zur Umsetzung des *Windsor Frameworks* an.

## **Europäisches Semester 2023**

Im Rahmen des regulären Zyklus zum Europäischen Semester 2023 nahm der Rat den aktualisierten Fahrplan, der die zentralen Termine des Europäischen Semesters 2023 darlegt, sowie den Synthesebericht 2023 zur Kenntnis. Dieser enthält die Schlussfolgerungen des Rates zum Jahresbericht der Europäischen Kommission über nachhaltiges Wachstum 2023, zum Warnmechanismus-Bericht, zum gemeinsamen Beschäftigungsbericht und zur Empfehlung zur Wirtschaftspolitik des Euro-

Währungsgebiets. Der Rat billigte den Entwurf der Empfehlung zur Wirtschaftspolitik des Euro-Währungsgebiets zur Übermittlung an den Europäischen Rat.

## **Jährlicher Rechtsstaatlichkeitsdialog – länderspezifische Aussprache**

Im Rahmen des jährlichen Rechtsstaatlichkeitsdialogs fand auf Basis des Rechtsstaatlichkeitsberichts der Europäischen Kommission 2022 die insgesamt sechste Aussprache im Rat zur Rechtsstaatlichkeit in den Mitgliedsstaaten statt. Gemäß protokollarischer Reihenfolge fand ein Austausch zur Slowakei und zu Finnland statt. Damit wurde die erste Runde des Dialogs abgeschlossen (alle Mitgliedsstaaten waren damit einmal Thema im Rat). Anschließend wurde der zweite Durchgang begonnen: zu Belgien, Bulgarien und zur Tschechischen Republik fand zum zweiten Mal ein Dialog statt. Der für Justiz zuständige Kommissar Didier Reynders berichtete auch, dass die Europäische Kommission am Rechtsstaatlichkeitsbericht 2023 arbeite.

## **Sonstiges: Kampf gegen Desinformation**

Die Slowakei verwies auf die Gefahren, die Desinformation auf Online-Plattformen mit sich bringe. Es brauche ein aktives und koordiniertes Vorgehen auf europäischer Ebene und Druck auf große Online-Plattformen. Vizepräsident Maroš Šefčovič bestätigte die hohe Priorität des Themas für die Europäische Kommission.

Sämtliche Ergebnisse der Ratstagung sind auf der Webseite des Rates ([www.consilium.europa.eu](http://www.consilium.europa.eu)) abrufbar.

Ich stelle daher den

### **Antrag,**

die Bundesregierung wolle diesen Bericht zur Kenntnis nehmen.

25. Mai 2023

Mag. Karoline Edtstadler  
Bundesministerin